

Katrin Kunert (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Schade, Herr Fischer hat den Raum verlassen. Ich habe nämlich ebenfalls ein Schreiben aus dem Wahlkreis bekommen. Der Absender schreibt: „Ich selbst bin Hartz-IV-Aufstocker, bekomme aufgrund einer chronischen Krankheit 293 Euro Erwerbsunfähigkeitsrente, und vom jetzigen Regelsatz kann ich nicht täglich warm und gut essen. Es reicht einfach nicht, außer man isst Nudeln und Kartoffeln im Wechsel. Aber das hält niemand durch.“ Die Frage ist, wie man auf ein solches Schreiben im Gegensatz zu Ihnen, Herr Fischer, reagiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, Ihr Haushalt spart bei den Ärmsten die Ministerin ist nicht mehr bis zum Ende der Debatte anwesend; das ist sehr bedauerlich, und er spart bei denen, die nicht selber für sich sorgen können. Wir sagen: Das ist unsozial. Deshalb lehnen wir den Haushalt ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Erfüllung unserer Forderungen kostet vielleicht 36 Milliarden Euro. Aber wenn wir die Millionärsteuer in Deutschland erheben würden, hätten wir per anno 80 Milliarden Euro zur Verfügung. Das würde im Übrigen auch reichen, um die Nettokreditaufnahme zu verringern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir lehnen den Etat in dieser Form ab, und ich will Ihnen auch sagen, warum. Die Regelsätze sind nicht anhand des Bedarfs ermittelt worden; sie sind anhand von vorhandenen Ausgaben ermittelt worden. Das heißt, bei der Ermittlung des Bedarfs einer Familie, die von Arbeitslosengeld II leben muss, wird nur das zugrunde gelegt, wofür Geld da ist: für das Kino, vielleicht für den Sportverein, vielleicht für einen Besuch der Schwimmhalle einmal im halben Jahr, nicht für Musikschulunterricht, nicht für Nachhilfe.

Mittlerweile haben Sie ein Bildungspaket für mehr Bildung und Teilhabe aufgelegt. Sie wollen mit Gutscheinen Nachhilfe ermöglichen. Obwohl Sie die Kompetenz für die Schulbildung an die Länder abgegeben haben, wollen Sie im Nachhinein Fehler im Schulsystem korrigieren. Das wird so nicht funktionieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem wollen Sie Gutscheine für die Mitgliedschaft in einem Sportverein ausgeben. Was ist aber, wenn ein Kind talentiert ist und es zu Wettkämpfen fahren kann? Was ist mit dem Mehrbedarf an guter, vernünftiger Ernährung und Bekleidung? Was ist, wenn ein Kind zu einer Sportschule gehen kann? Ein Internatsplatz, Herr Kauder, kostet im Monat in Sachsen-Anhalt 230 Euro. Wie wollen wir Teilhabe bis zum Ende für Kinder und Jugendliche im Sportbereich sichern? Das ist etwas, das wir auf jeden Fall im Auge behalten müssen; schließlich sagen wir: Sportpolitik ist auch Sozialpolitik.

Die Linke wird unter anderem einen Antrag zur Eingliederungsleistung einbringen. Darin wird gefordert, dass 100 Millionen Euro zur Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors im Bereich des Breitensports bereitgestellt werden. Hiervon sollen Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Trainerinnen und Trainer bezahlt werden, damit man die Attraktivität von Sportvereinen verbessert und damit Kinder und Jugendliche in den

Sportvereinen gut aufgehoben sind immer vor dem Hintergrund: Sportpolitik ist auch Sozialpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Um das alles auf den richtigen Weg zu bringen, werden wir in den nächsten Tagen an einem Antrag zur besseren Sportförderung arbeiten; denn Sie scheinen nicht in der Lage zu sein, das breite Aufgabenspektrum in diesem Haushalt wirklich für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu nutzen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)